



Presseschau vom 14.03.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Abends / nachts::

de.sputniknews.com: Neuseeland setzt auf freien Handel mit Russland und will Sanktionen umgehen

Neuseelands Premierministerin Jacinda Ardern hat Außenminister Winston Peters in seinem Bestreben unterstützt, ein Freihandelsabkommen mit Russland zu schließen. Das berichtete die russische Internetzeitung „Wsgljad“ (vz.ru) am Dienstag.

Neuseeland sollte die vom Westen gegen Moskau verhängten Sanktionen im Handel mit Russland umgehen, wie dies andere Länder tun, sagte sie nach Angaben der „New Zealand Herald“ vom Montag.

Außenamtschef Peters plädiert seit langem dafür, dass Verhandlungen mit Russland über den freien Handel ungeachtet der Entwicklung auf der Krim und im Donbass fortgesetzt werden.

Am Montag hatte er ein weiteres Mal darauf hingewiesen, dass Verstöße gegen Menschenrechte in anderen Ländern Neuseeland nicht dazu gezwungen hatten, die Freihandelszonen mit diesen Ländern aufzulösen. „Und Russland darf dabei keine Ausnahme sein“, wurde er von der „NZ Herald“ zitiert.

„Ich spreche vom Handel als von einem separaten Bereich. Hätten wir alle verurteilt und allen Leviten gelesen, hätten wir mit niemandem handeln können.“

Belege dafür, dass Russland in die Vernichtung der Boeing MH17 im Sommer 2014 verwickelt gewesen sei und sich in die US-Präsidentenwahl eingemischt habe, gebe es nicht. Daher wäre es falsch, die Handelsverhandlungen zu stoppen, bis die Ermittlungen in diesen beiden Fällen zu Ende gegangen seien. „Das wäre eine tragische Zeitvergeudung“, sagte

Peters.

Neuseeland und die von Russland dominierte Zollunion hatten 2010 Verhandlungen über eine Freihandelszone aufgenommen. Im März 2014 stoppte Wellington die Gespräche, nachdem Moskau mit Sanktionen belegt wurde. Im vergangenen Oktober kam die Labour-Partei an die Macht. Kurz darauf kündigte Peters die Absicht an, die Verhandlungen wiederaufzunehmen.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31991/19/319911904.jpg>

Dan-news.info: „Um 23:35 Uhr haben die ukrainischen Streitkräfte von Marjinka aus auf **Trudowskije** geschossen“, teilte der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakubow mit.

Er fügte hinzu, dass mit Schützenpanzerwaffen geschossen wurde. Es wurden insgesamt 20 Schüsse abgegeben.

Informationen über Verletzte und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: Syrische Armee entdeckt IS-eigene Münzstätte

Bei einer Sonderoperation der Armee und der Sicherheitskräfte Syriens ist im Dorf Hasrat (Provinz Deir ez-Zor) eine illegale Werkstätte entdeckt worden, in der Mitglieder der Terrormiliz „Islamischer Staat“* Münzen geprägt haben sollen. Darüber berichtet die syrische nationale Agentur Sana.

Die dort installierten Prägemaschinen sind mit Markierungen in türkischer Sprache versehen und waren vermutlich auf türkischem Territorium hergestellt worden.

Wie Sana meldet, sollen die vom IS hergestellten Münzen bei Verrechnungen in den von der Terrormiliz besetzten Gebieten verwendet werden.

*Islamischer Staat, auch IS, eine in Russland verbotene Terrorvereinigung.

Vormittags:

de.sputniknews.com: Vergiftungsfall Skripal: Mays Ultimatum an Russland ist abgelaufen

Das Ultimatum, der die britische Premierministerin Theresa May Russland wegen der Vergiftung des ehemaligen Offiziers der russischen Militäraufklärung GRU, Sergej Skripal, gestellt hatte, ist am Mittwochmorgen um 01.00 Uhr MEZ abgelaufen.

May hatte am Montagabend erklärt, dass aller Wahrscheinlichkeit nach Russland hinter dem Anschlag stecke. Moskau sollte sich binnen 24 Stunden gegenüber der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) erklären. Ansonsten drohten Konsequenzen, die May aber nicht näher definierte.

Laut einer Sputnik-Quelle in der Kanzlei der britischen Regierung soll am Mittwoch eine Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates stattfinden, auf der Gegenmaßnahmen beschlossen werden sollen. Der Sicherheitsrat könne um 11.00 Ortszeit (12.00 MEZ) tagen, wonach May im Parlament Maßnahmen erklären werde.

Als möglichen Gegenmaßnahmen wurden die Ausweisung von russischen Diplomaten aus London, der Boykott der Fußball-Weltmeisterschaft 2018, die Sperrung von Konten russischer Geschäftsleute sowie die Widerrufung der Lizenz für den russischen Auslandssender RT in Großbritannien genannt.

Appelle zu Maßnahmen wegen der Vergiftung von Skripal kommen nicht nur aus Großbritannien. Das Mitglied des Ausschusses für Außenpolitik im US-Senat, Bob Menendez, rief die Administration des US-Präsidenten auf, neue Sanktionen gegen Russland zu verhängen. Australiens Außenministerin Julie Bishop sagte, die Vergiftung von Skripal könne zur Erweiterung der Sanktionen gegen Russland führen.....

mil-ldr.info: In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Truppen festgestellt. Das Regime der Feuereinstellung wurde eingehalten.

armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte dreimal das Regime der Feuereinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurde die Gebiete von drei Ortschaften mit Mörsern des Kalibers 82mm, Granatwerfern verschiedener Art und Schusswaffen beschossen.

de.sputniknews.com: Anschlag auf Ex-Spion: Stammt die Sache „Sergej Skripal“ aus Agententhriллер?

Wer die britische TV-Serie „Strike Back“ („Gegenschlag“) kennt, dem dürfte der Giftanschlag auf den ehemaligen Spion Sergej Skripal in gewisser Weise bekannt vorkommen. Russische Netz-Nutzer haben auf auffällige Parallelen zwischen Wirklichkeit und Fernsehstory hingewiesen.

Russische Netz-Nutzer haben die britische Regierungschefin Theresa May als Verehrerin der besagten Agentenserie ausgemacht. „Ich glaube, sie guckt ‚Strike Back‘ auch gern“, twitterte der Nutzer Kirill Jegorow, gleich nachdem May wegen des Giftmords am ehemaligen Agenten Skripal ein Ultimatum an Russland gestellt hatte.

Die TV-Serie „Strike Back“ erscheint seit 2010. Bislang sind sechs Staffeln des Agententhriллерs gedreht worden. Und in der letzten Staffel spielt sich ein Vorgang ab, der an den Giftanschlag auf Skripal erinnert. Es kommt sogar das gleiche Nervengift unter gleichem Namen zum Einsatz, Nowitschok nämlich. In der Serie wird es natürlich auch von einem Russen entwickelt, dem aus Tschetschenien stammenden Chemiker Kamil Markow.

„Was ich mich bei der ganzen Geschichte um Skripal frage: Hat denn niemand ‚Strike Back‘ geguckt? Da spielt sich doch das gleiche Szenario ab. Sogar das Giftgas heißt Nowitschok“, twittert die Nutzerin Jelena Solotowa.

In der Story der Serie wollen Terroristen das Nervengift durch eine schmutzige Bombe am Flughafen der weißrussischen Hauptstadt Minsk verstreuen. Eine Selbstmordattentäterin soll

die Bombe zünden.

„Wahrscheinlich hat die britische Regierung bislang nur deshalb kein endgültiges Ergebnis, weil bis jetzt nur sechs von zehn Folgen der Serie ausgestrahlt wurden“, spottet Jelena. Die Serie ende übrigens damit, dass der britische Geheimdienst das Nervengift in die Hände kriege.

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 3. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse - Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Jasinowataja, Spartak, Donezk (Trudowskije).**

Gestern Morgen wurde in Kominternowo in Folge eines Beschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte in der Achmatowa-Straße 7 durch einen direkten Treffer auf ein Wohnhaus das Dach des Hauses zerstört. Zum Zeitpunkt des Beschusses waren keine Bewohner im Haus, verletzt wurde niemand.

Außerdem wurde **zum dritten Mal innerhalb einer Woche eine Kolonne beschossen, die von der Donezker Filterstation kam**, verletzt wurde niemand.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 60. In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 142.

Wir erinnern daran, dass der geltende Waffenstillstand am 5. März 2018 um 01:00 Uhr (Moskauer Zeit) in Kraft trat.

de.sputniknews.com: Russlands Außenministerium lüftet US-Ziele in Afghanistan
Welches Ziel verfolgen die USA in Afghanistan? Dazu äußerte sich der russische Sonderbeauftragte für Afghanistan und Leiter der Zweiten Asien-Abteilung im russischen Außenministerium, Samir Kabulow.

„Aus unserer Sicht befinden sich die USA in Afghanistan vor allem, um die politischen Prozesse in den Nachbarländern zu kontrollieren und zu beeinflussen sowie die Kräfte auf ihre regionalen Rivalen, vor allem China, Russland und den Iran, anzusetzen“, sagte Kabulow gegenüber der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti.

Darüber hinaus sei das Streben der USA deutlich sichtbar, „die Destabilisierung in Mittelasien und ihre weitere Verschiebung nach Russland zu erreichen, um sich selbst schließlich als einziger Beschützer vor potentiellen und entstehenden Bedrohungen in der Region darzustellen“, so der Politiker abschließend.

Die USA und ihre Verbündeten haben in Afghanistan seit 2001 Militäreinsätze gegen Taliban-Kämpfer sowie gegen die Terrormiliz IS* („Islamischer Staat“, auch Daesh) durchgeführt. Im August 2017 hatte der amerikanische Präsident Donald Trump die neue US-Strategie für Afghanistan verkündet. Trump machte dabei keine Angaben zur militärischen Seite der Strategie. Jedoch war offenkundig, dass die US-Militärs das Land vorerst nicht verlassen werden.

Lug-info.com: Ein in der LVR festgenommener Diversant, der für die Hauptabteilung Aufklärung des Verteidigungsministeriums der Ukraine gearbeitet hat, berichtete, wie Kiewer Soldaten Waffen sowjetischer Produktion aus Verstecken im Donbass herausgebracht haben,

die dann für Provokationen gegen die Volksrepubliken verwendet wurden. Dies teilte der Pressedienst des Staatssicherheitsministeriums der LVR mit.

„Das Staatssicherheitsministerium der LVR verfügt über Informationen darüber, dass Spezialdienste der Ukraine einen Transportkanal für Waffen, die in Lagern im Donbass auf vom Kiew kontrolliertem Territorium erfasst waren, geschaffen haben. Sie wurden aus Verstecken gebracht, die von den ukrainischen Truppen beim Abzug eingerichtet worden sind, um Spezialoperationen durchzuführen und in der Folge die LVR und die DVR zu beschuldigen“, teilte das MfS mit.

„Kazo“ und „Kedr“

Der vom Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) angeworbene ehemalige Mitarbeiter des Innenministeriums Iwan Katyschew (Codename „Kazo“), der nach Beginn des Konflikts im Donbass Schmuggler geworden war, wurde von Mitarbeitern des MfS bei der Liquidierung einer Gruppe ukrainischer Diversanten im März 2017 festgenommen. Damals deckten Mitarbeiter des MfS und des Innenministeriums der LVR ein Netz von auf dem Territorium der Republik aktiven Diversanten auf, zu dem einige Diversions- und Erkundungsgruppen (DEG) gehörten. Die festgenommenen Diversanten teilten mit, dass das 8. Regiment der Spezialoperationskräfte der ukrainischen Streitkräfte, in dem sie Dienst taten, an der Durchführung von Terrorakten auf dem Territorium der LVR, DVR und Russlands beteiligt ist. Darunter sind der Mord am Leiter der Koordination der Volksmiliz der LVR Oberst Oleg Anaschtschenko und der Kommandeure der Bataillone „Somali“ und „Sparta“ des Verteidigungsministeriums der DVR Oberst Michail Tolstych, Codename „Giwi“, und Oberst Arsen Pawlow, Codename „Motorola“.

Das MfS berichtet, dass „Kazo“ seit 2014 Schmuggelware über die Abgrenzungslinie brachte. Im Frühjahr 2015 wurde er von dem Mitarbeiter des SBU Jurij (Codename „Semjon“) angeworben, danach mit der Hauptabteilung Aufklärung in Verbindung gebracht, wo sein unmittelbarer Kurator der Leiter der Aufklärungsabteilung des 8. Regiments der Spezialoperationskräfte der ukrainischen Streitkräfte Pawel Balow (Codename „Kedr“) wurde.

Todbringende „Gasels“

„Katyschew wurde als Transporteur von Ladungen für Diversionsgruppen verwendet, die Spezialoperationen auf dem Territorium der Republiken des Donbass durchführten. Der Agent rüstete einen Lastwagen vom Type „Gasel“ mit einem Versteck zum Transport von Waffen, Sprengstoff und Personen aus, und versah auf Befehl Balows noch einige weitere Fahrzeuge derselben Marke mit Verstecken“, fügte das MfS hinzu.

„Mir wurde befohlen, Waffen aus Verstecken zu holen. Es waren sowjetische Waffen. Wie mir dann „Fugas“ (Codename des in der LVR festgenommenen Diversanten Sergej Iwantschuk) erklärte, waren sie in militärischen Lagern im Donbass erfasst und sie könnten für unsere Zwecke verwendet werden, indem sie als „separatistische“ ausgegeben werden. Sie könnten überall von Nutzen sein, sagte damals „Fugas“, berichtete Katyschew.

Nachdem „Kazo“ einige Male Waffen und Munition vom Territorium der LVR und der DVR transportiert hatte, gaben ihm die Kiewer Truppen die Möglichkeit, die Kontaktlinie ohne Kontrolle zu passieren.

Nach Informationen des MfS wurde ein Schema der Ausfuhr von Waffen, analog zu dem, an dem Katyschew beteiligt war, auch für die Festnahme des Vorsitzenden der gesellschaftlichen Organisation „Offizierskorps“, des Leiters des ukrainischen Zentrums zum Gefangenenaustausch Wladimir Ruban genutzt. Dabei wurde als Ursache für die Provokation in Bezug auf Ruban im MfS ein sich verschärfender Konflikt zwischen dem SBU und der Hauptabteilung Aufklärung genannt.

Ruban wurde von Mitarbeitern des SBU am 8. März festgenommen. Nach der Version des ukrainischen Spezialdienstes versuchte er in einem Fahrzeug eine große Zahl von Waffen und Munition aus der DVR auf das Territorium der Ukraine zu bringen, mit deren Hilfe er

angeblich plante, eine Reihe von Terrorakten in Kiew zu begehen, darunter auch einen Anschlag auf den Präsidenten Pjotr Poroschenko.

de.sputniknews.com: Westukraine: Explosion bei polnischer Gedenkstätte

In Lwiw (Westukraine) ist es neben einer polnischen Gedenkstätte zu einer Explosion gekommen. Das berichtet die Webseite des Stadtrates unter Berufung auf den Direktor des Museums „Lytschakiwski-Friedhof“, Michail Nagaj.

Demnach war Nagaj selbst nicht Zeuge des Vorfalls. Er gab die Worte eines Wächters wieder. Dieser behauptet, der Vorfall habe sich 15 Meter entfernt von den Wirtschaftsräumen ereignet. Jemand solle einen unbekanntes Gegenstand über den Zaun nahe der Gedenkstätte geworfen haben.

„Wegen der Explosion entstand eine Grube mit einem Durchmesser von 30 Zentimetern. Niemand wurde verletzt“, so Nagaj.

Über die Explosion schrieb auch der Abgeordnete des Stadtrates von Lwiw, Igor Sinkewitsch, auf seiner Facebook-Seite. Seinen Angaben nach explodierte ein „unbekanntes Stück“, das über den Zaun 20 Meter neben der polnischen Gedenkstätte geworfen worden sei.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31991/47/319914721.jpg>

Facebook-Seite der Vertretung der DVR im GZKK: Die Vertretung der DVR im GZKK hat heute Morgen eine Sicherheitsgarantie für die unbehinderte Arbeit der OSZE-Mission an der Donezker Filterstation gegeben“, teilt die Vertretung der DVR im GZKK mit.

Eine von vier Patrouillen der Mission ist im Gebiet der ehemaligen Basis des Wasserwerks eingetroffen, die nicht weit vom Markt von Jasinowataja liegt, um die Dienstfahrzeuge des Unternehmens Woda Donbassa zu begutachten, die am 12. und 13. März durch das Feuer der ukrainischen Seite beschädigt worden waren.

In der Folge einer ersten Inspektion wurde festgestellt, dass die Kugel, die das Fenster des Fahrzeugs durchschlagen hat, fünf Zentimeter am Fahrer vorbeiging. Die Patrouille der OSZE-Mission hat die registrierten Daten jetzt zur weiteren Bearbeitung weitergegeben.

Wie die ukrainische Seite im GZK bis jetzt keine Sicherheitsgarantie für die Beobachter erteilt hat, ist der Zugang auf das Territorium der DFS für diese nicht offen.

Unbedachter kann nur die ukrainische Seite im GZKK selbst die ukrainischen Streitkräfte

diskreditieren.

Ukrinform.ua: Ukraine wird alle Sportwettkämpfe in Russland boykottieren.

Wolodymyr Brynsak, Präsident des Biathlonverbandes der Ukraine, hat die Entscheidung über den Boykott des russischen Welpokals in Tjumen kommentiert. Ihm zufolge wird die Ukraine in diesem Jahr alle Sportereignisse auf dem Territorium Russlands boykottieren. Das sagte er vor russischen Medien.

Brynsak hatte Ende Februar erklärt, er sehe keinen Bedarf, Wettkämpfe in Russland zu boykottieren, aber nach Gesprächen mit dem Minister für Jugend und Sport der Ukraine, Igor Schdanow, habe er seine Meinung geändert.

Die Ukraine hat offiziell erklärt, dass sie die Biathlon-Saison in Holmenkollen beendet und den Wettkampf in Tjumen ignorieren würde.

„Wir haben uns mit dem Minister getroffen, alles diskutiert und eine gemeinsame Entscheidung getroffen. Im Endergebnis haben wir uns vom Wettkampf in Tjumen abgemeldet. Wir beenden die Saison in Holmenkollen“, sagte Brynsak.



https://static.ukrinform.com/photos/2016_01/thumb_files/630_360_1452688099-4413.jpg

de.sputniknews.com: Bricht London Chemiewaffenkonvention? – Russlands EU-Botschafter Russlands ständiger Vertreter bei der EU Wladimir Tschischow hat das Ultimatum der Britischen Premierministerin Theresa May kommentiert, das sie Moskau in Bezug auf die Vergiftung des ehemaligen Offiziers der russischen Militäraufklärung, Sergej Skripal, gestellt hatte.

Am Montag hatte die britische Premierministerin Theresa May bei einem Auftritt im Parlament Russland vorgeworfen, hinter dem Anschlag auf den ehemaligen Offizier der russischen Militäraufklärung GRU, Sergej Skripal, und seine Tochter zu stecken. Es könne keine Rede von normalen Beziehungen zu Moskau sein, äußerte May und stellte ein Ultimatum an Russland, in dem sie Erklärungen forderte. Am Mittwochmorgen (um 01.00 Uhr MEZ) ist Mays Ultimatum abgelaufen.

„Russland fürchtet sich vor nichts. Ich glaube, davon konnte man sich sowohl in London als auch in anderen Hauptstädten des Westens überzeugen“, sagte Wladimir Tschischow in einem Interview mit dem TV-Sender „Euronews“. Er bedauere die Debatte im britischen Parlament und die „offiziellen Äußerungen, die getätigt werden, anstatt sich mit dieser Situation auseinanderzusetzen, anstatt Russland in die Ermittlung miteinzubeziehen“, so Tschischow. Großbritannien sei de facto im „Zustand der Verletzung der Chemiewaffenkonvention“, laut der es dem verdächtigen Land notwendige objektive Daten übergeben sollte, darunter auch

Proben der verdächtigen Substanz, fügte er hinzu.

„Demgemäß würde die russische Seite auf diesen Verdacht binnen zehn Tagen reagieren. Stattdessen wählte London leider eine ultimative Sprache. Ich kann sofort sagen, dass eine ultimative Sprache gegenüber Russland nicht funktioniert“, so der russische Botschafter.

Nachmittags:

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin:

Entgegen den Vereinbarungen wurde das **Regime der Feueereinstellung** in den letzten 24 Stunden von den ukrainischen Besatzern **wieder nicht eingehalten**. Dabei haben die ukrainischen Kämpfer **ein weiteres Mal Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung** begangen.

In Richtung Donezk haben die Kämpfer der 25. Luftlandebrigade zum dritten Mal innerhalb einer Woche **Mitarbeiter der Donezker Filterstation bei der Autofahrt mit Schusswaffen beschossen**. Zwei Fahrzeuge wurden beschädigt, die Menschen sind wie durch ein Wunder am Leben geblieben.

Die Positionen, von denen aus der Beschuss erfolgte, liegen einige Dutzend Meter von der Einfahrt auf das Territorium der Station entfernt, deshalb besteht ständig eine reale Gefahr für das Leben der Menschen. Die ukrainischen Besatzer beschießen das zivile Personal nicht einfach aus Langeweile. Das ist eine gut geplante Aktion. Mit diesen aggressiven Handlungen hat das ukrainische Besatzungskommando bereits mehrfach die Mitarbeiter, die auf dem Territorium der Republik leben, eingeschüchtert und so gezwungen von der Wartung der Station Abstand zu nehmen.

Indem sie ihr Personal vom besetzten Territorium auf das Territorium der DFS bringt, beabsichtigt die ukrainische Seite, den Prozess der Wasserlieferung an die Ortschaften der Republik, in denen Hunderttausende von Menschen leben, vollständig unter Kontrolle zu bringen, was im Fall einer Abschaltung der Station unweigerlich zu einer humanitären Katastrophe führen würde.

Die Realitätsnähe solcher verbrecherischen Absichten der ukrainischen Seite ist hoch. Heute haben sich die vom ukrainischen Beschuss erschöpften und ernsthaft um ihr Leben fürchtenden Arbeiter der Donezker Filterstation geweigert, zu dem Objekt zu fahren, solange ihnen keine vollständige Sicherheit garantiert wird, unter anderem mit Hilfe der OSZE-Beobachter.

Außerdem wurden in Richtung Donezk das Gebiet von **Spartak und der Petrowskij-Bezirk von Donezk** beschossen, auf die der Gegner vier Mörsersgeschosse des Kalibers 82mm abfeuerte und außerdem Schützenpanzerwaffen, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendete.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden drei Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Besatzer festgestellt.

Die uns vorliegenden Informationen über einen **Besuch des nun schon ehemaligen Direktors der CIA Mike Pompeo in der Zone der sogenannten ATO** bestätigen sich.

Obwohl dieser Besuch sehr sorgfältig vor der Öffentlichkeit geheim gehalten wurde, haben gestern ukrainische Massenmedien mitgeteilt, dass er dennoch stattfand. Pompeo wurde vom Leiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine Grizak eingeladen, der ein eifriger Anhänger einer gewaltsamen Methode der Lösung des Konflikts im Donbass ist.

Ich erinnere daran, dass ich zuvor mitgeteilt habe, dass der CIA-Direktor gemeinsam mit hochrangigen Vertretern einer gemeinsamen Aufklärungseinheit **geheim Awdejewka besucht** hat. Im Verlauf dieses Besuchs hat **Poroschenko die Anweisung erhalten, einige Szenarien**

für Provokationen an der Kontaktlinie vorzubereiten, um die Führung der Republik aggressiver Kampfhandlungen gegen die Ukraine zu beschuldigen. Ich hoffe, dass die Veröffentlichung dieser geheimen Pläne die verbrecherische ukrainische Führung von deren Ausführung abhält.

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen in Russland hat der SBU von seinen amerikanischen Kuratoren die Aufgabe erhalten, den Hass des ukrainischen Volkes gegen das russische anzufachen und der westlichen Öffentlichkeit das Ausmaß der „antirussischen“ Einstellungen, die angeblich bei der Mehrheit der Bürger der Ukraine herrschen, zu demonstrieren.

Dafür haben Mariupoler Mitarbeiter des SBU entsprechende Arbeit unter den Leitern sozialer Einrichtungen durchgeführt: Direktoren von Schulen, Vorschuleinrichtungen, Leiter von Krankenhäusern und weitere. Unter Beteiligung von Mitarbeitern des sozialen Bereichs plant die Führung des SBU **in Mariupol eine antirussische Massenkundgebung** zu organisieren und durchzuführen.

Als Vorwand für die inszenierten Massenunruhen ist geplant, eine Verschlechterung der sozialen Lage im Zusammenhang mit der Einstellung von Gaslieferungen heranzuziehen. Dabei haben die Leiter der Organisationen und Einrichtungen die Anweisung, Mitarbeitern, die sich weigern, an der Protestaktion teilzunehmen, mit einer unvermeidlichen Entlassung einzuschüchtern.

Um über diese Aktion in Mariupol zu berichten, sind Vertreter ausländischer Massenmedien, unter anderem des britischen Radio- und Fernsehsender BBC eingeladen. Es sind auch derartige Maßnahmen zur **Vorbereitung antirussischer Kundgebungen in Slawjansk und Kramatorsk** festzustellen.

Seit Anfang 2018 haben Vertreter des SBU ihre Aktivitäten verstärkt, um an Telefonnummern des Mobilfunkoperators der DVR „Phönix“ zu kommen und Listen von Nutzern des Operators zusammenzustellen. Die Informationen werden zur Durchführung von Agitationsarbeit in den mobilen Programmen „Viber“, „WhatsApp“ und „Telegram“ gesammelt.

In der letzten Zeit haben die ukrainischen Spezialdienste sich auf die „Gehirnwäsche“ von Menschen über das Internet konzentriert. Die sozialen Netzwerke „Odnoklassniki“ und „VK“ werden aktiv genutzt. Jetzt sind mobile Programme zum Kampffeld für die ukrainischen Agitatoren geworden.

Unter Leitung des SBU und des Kommandos der Spezialoperationskräfte ausgebildete **Psychologen wirken über das Internet auf das Bewusstsein der Menschen ein**, um sie auf das von Kiew kontrollierte Territorium zu locken. Dabei werden die Nutzer mit „Märchen“ über eine Einstellung der Strafverfolgung ihrer selbst und der Mitglieder ihrer Familien, der Streichung von der verbrecherischen Seite „Mirotworez“ und weiterem „gefüttert“. Wenn sie leichtgläubige Bürger, die auf die Überzeugungskraft von professionellen Psychologen eingegangen sind, betrogen haben, drehen die Spezialdienste Videos von Verhören mit vorbereiteten Texten, tragen sie in Listen ein und machen ein „Häkchen“ für eine erfolgreiche Maßnahme. Danach befassen sich die Untersuchungsrichter mit den betrogenen Bürgern. Ihr weiteres Schicksal ist traurig: im besten Falle erwartet diejenigen, die auf das Spezialprojekt des SBU hereingefallen sind, eine Freiheitsstrafe, in einigen Fällen verschwinden die Menschen einfach spurlos und für immer.

Ich wende mich an die Bürger der Republik. Fallen Sie nicht auf die Überzeugungskraft der ukrainischen Spezialdienste herein. Sie sind bereit, alles zu versprechen, was ihnen nützt und sie sind in der Lage, das Bewusstsein von Menschen zu manipulieren. Falls solche „Verhandler“ über die sozialen Netzwerke und mobilen Programme Interesse an Ihnen zeigen, müssen Sie sich telefonisch an die Hotline des Staatssicherheitsministeriums der DVR, die auf der offiziellen Seite angegeben ist, wenden.

de.sputniknews.com: Fall Skripal: Großbritannien fordert dringende Sitzung des UN-Sicherheitsrates.

Großbritannien hat sich für eine dringende Sitzung des UN-Sicherheitsrates wegen der Vergiftung des ehemaligen Offiziers der russischen Militäraufklärung GRU, Sergej Skripal, ausgesprochen. Das hat das britische Außenministerium via Twitter mitgeteilt.

„Großbritannien hat aufgerufen, eine dringende Sitzung des UN-Sicherheitsrates durchzuführen, um dessen Mitglieder über die Ermittlungen der Nervengasattacke in Salisbury zu informieren“, heißt es auf dem Twitter-Account des britischen Außenamtes. Wie die Ständige Vertretung der Niederlande in der Uno via Twitter mitteilte, werde die Sitzung am Mittwoch um 15.00 EST (20.00 MEZ) stattfinden.

Zuvor hatte die britische Premierministerin, Theresa May, Russland der Vergiftung des russischen Ex-Doppelagenten Sergej Skripal und seiner Tochter Julia beschuldigt.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31991/75/319917529.jpg>

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat eine **Tendenz zur Stabilisierung**. In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueinstellung entlang der Kontaktlinie festgestellt.

Trotz einiger Tendenz zur Stabilisierung der Lage an der Kontaktlinie verstärkt das ukrainische Kommando weiter seine Kräfte und Mittel in der Nähe der Kontaktlinie.

Nach uns vorliegenden Informationen hat gestern ein Raketenartillerielager im Gebiet von Sewerodonezk 122mm-Granaten und Munition für Schusswaffen für die 58.

Panzergranadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte erhalten.

Nach unserer Information hat seit dem 12. März in der 80. Luftsturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte eine komplexe Überprüfung begonnen, bei der ein Mangel an Waffen und Munition festgestellt wurde. Ebenfalls wurden Fehlbestände von Treibstoff im Umfang von vier Tonnen und das Fehlen von zwei Ural-Fahrzeugen entdeckt.

Außerdem geht in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte der Alkoholmissbrauch weiter, dadurch wächst die Zahl der nicht kampfbedingten Verluste.

Am 13. März schoss sich ein Soldat der 80. Brigade in Folge von Trunkenheit und unvorsichtigem Umgang mit einem Maschinengewehr AK-4 ins Bein.

Im Zusammenhang mit der Annahme des sogenannten Gesetzes „Über die Reintegration des Donbass“ plant das ukrainische Kommando neue Mobilisierungsmaßnahmen. Derzeit hat die erste Etappe von Vorbereitungsmaßnahmen begonnen, die den Abgleich von Listen von Wehrpflichtigen vor Ort vorsieht. Außerdem haben Vertreter der Militärkommissariate zusammen mit Mitarbeitern des Innenministeriums und des SBU Dienste an Zollstellen an der

Grenze zur RF organisiert. Soldaten überprüfen alle Männer im Einberufungsalter. Denen, die unter die zu mobilisierende Kategorie fallen, werden Einberufungsbefehle in die Militärkommandanturen ausgehändigt und sie werden nicht aus dem Land gelassen.

Die Volksmiliz ihrerseits hält das „Regime der Ruhe ein“ und unterstützt die Minsker Vereinbarungen. Unsere Handlungen sind auf eine Lösung des Konflikts im Donbass auf friedlichem Weg gerichtet.

Die Einheiten der Truppenteile erhöhen planmäßig das Niveau ihrer Professionalität und Fähigkeit zur Erfüllung von Aufgaben zur Verteidigung und zur Gewährleistung von Sicherheit für die Einwohner der Republik.

de.sputniknews.com: „So geht es nicht“: Lawrow droht London mit Konsequenzen. Nach dem Giftanschlag auf den ehemaligen Doppelagenten Sergej Skripal in Großbritannien hat Sergej Lawrow die Regierung in London beschuldigt, die ganze Welt zu narren. Nach den Worten des russischen Außenministers wird London dafür Konsequenzen tragen müssen. Für die Briten stünden nicht Beweise, sondern ein „von ihnen selbst erhobener Verdacht“ über allem, äußerte Lawrow am Mittwoch auf einer Pressekonferenz in Moskau. „So geht es nicht. Wir werden das Völkerrecht verteidigen.“ Laut dem russischen Spitzendiplomaten präsentieren die Briten keine Argumente und düpierten mit ihren Vorwürfen die ganze Weltgemeinschaft.

„Weil keine konkreten Fakten präsentiert worden sind, wird man für den unverhüllten Versuch, die Weltöffentlichkeit so grob irrezuführen, Konsequenzen tragen müssen“, betonte Lawrow.

Sergej Skripal, einst Oberst des russischen Militärnachrichtendienstes GRU, war 2004 als Agent des britischen Auslandsgeheimdienstes MI6 entlarvt und von einem Militärgericht wegen Hochverrats zu 13 Jahren Haft verurteilt worden. Sechs Jahre später wurde Skripal mit drei weiteren westlichen Spionen gegen zehn vom FBI verhaftete russische Agenten ausgetauscht.

Am 4. März dieses Jahres wurden der 66-jährige Skripal und seine Tochter Julia in der britischen Stadt Salisbury bewusstlos aufgefunden und mit Anzeichen einer Vergiftung in ein Krankenhaus gebracht, wo beide ins Koma fielen. Medienberichten zufolge sollen 21 Personen in Mitleidenschaft gezogen worden sein, darunter auch ein Polizist.

Die genauen Umstände sind noch unklar. Doch die britische Premierministerin May äußerte am Montag, dass hinter dem mutmaßlichen Giftanschlag „höchstwahrscheinlich“ Russland stehe. Russland weist den Vorwurf zurück. Dennoch will May Medienberichten zufolge den Vorfall nutzen, um russische Diplomaten auszuweisen. Schon davor hatten Medien berichtet, dass May Russland die Schuld in die Schuhe schieben wolle....

de.sputniknews.com: Anschlag auf Ex-Spion: May weist 23 russischen Diplomaten die Tür. Nach dem mutmaßlichen Giftanschlag auf den Ex-Doppelagenten Sergej Skripal hat die britische Premierministerin Theresa May Russland die Schuld zugeschoben und die Ausweisung von 23 russischen Diplomaten angekündigt. Darüber hinaus legt London die bilateralen Kontakte mit Moskau auf Eis.

„Das ist die größte Ausweisung seit 30 Jahren“, verkündete May am Mittwoch im Parlament. Die betroffenen Diplomaten haben ihr zufolge eine Woche Zeit, um Großbritannien zu verlassen.

May machte den russischen Staat direkt für die Vergiftung des Ex-Spions und seiner Tochter verantwortlich. Sie könne „keinen anderen Schluss ziehen“, äußerte die britische Regierungschefin.

„Wir legen alle geplanten bilateralen Kontakte auf hoher Ebene zwischen Großbritannien und Russland auf Eis“, sagte May weiter. Auch die Einladung für den russischen Außenminister Sergej Lawrow werde annulliert...



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31991/84/319918440.jpg>

de.sputniknews.com: Lawrow: USA wollen durch Provokationen mit Chemiewaffen für immer in Syrien bleiben.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat den USA vorgeworfen, zu Provokationen mit Chemiewaffen zu greifen, um sich in Syrien auf Dauer festzusetzen. Laut dem Minister beabsichtigen die USA auch, den Zerfall Syriens zu fördern und dafür Provokationen mit Chemiewaffen zu benutzen.

„Ich bin überzeugt, dass es keine Gründe für Zweifel an dem Vorhaben zumindest einiger Vertreter der USA gibt, sich dort (in Syrien – Anm. d. Red.) auf Dauer, wenn nicht für immer, festsetzen zu wollen und den Zerfall der Syrischen Arabischen Republik zu fördern“, sagte Lawrow am Mittwoch auf einer Pressekonferenz in Moskau.

Lawrow warnt vor äußerst schweren Folgen von möglichem US-Schlag gegen Syriens Armee. Dafür werden ihm zufolge verschiedene Methoden angewandt. Darunter auch neue Provokationen unter Einsatz von Chemiewaffen, über die das russische Außenministerium gestern die Öffentlichkeit unterrichtet habe. Es würden Inszenierungen unter anderem in Ost-Ghuta vorbereitet, so Lawrow weiter.

Die Lage in Ost-Ghuta hat sich in den vergangenen Wochen zugespitzt. Am 24. Februar hatte der UN-Sicherheitsrat die Resolution 2401 angenommen, die alle Kriegsparteien auffordert, die bewaffneten Auseinandersetzungen einzustellen und eine humanitäre Pause für mindestens 30 Tage auf dem ganzen Territorium Syriens zu gewährleisten. Die bewaffneten Milizen in Ost-Ghuta beschießen Damaskus täglich mit Raketen und Minen. Unter Beschuss stehen sowohl Randgebiete als auch das Zentrum der Stadt.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31726/46/317264681.jpg>

Lug-info.com: Erklärungen des Oberhauptes der LVR Leonid Pasetchnik bei der Sitzung des Republikrats der gesellschaftlichen Bewegung „Mir Luganschtschine“ (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Kampf gegen die Korruption

Ich habe ein Treffen mit allen Komitees des Volkssowjets durchgeführt, wir haben alle Fragen, die mit der Annahme von Gesetzen zusammenhängen, erörtert. Das Grundprinzip wurde, so hoffe ich, deutlich – wir werden die vorhandene Gesetzgebung mit einem Schwerpunkt auf den Kampf gegen die Korruption vervollkommen.

Örtliche Selbstverwaltung

Wir haben Arbeitstreffen mit den Leitern von Städten und Bezirken durchgeführt. Auf diesen Treffen habe ich sehr viel gehört, unter anderem, dass die Leiter keinerlei Rechte und Vollmachten haben. Inzwischen haben wir die Richtigkeit des Herangehens an diese Frage wiederhergestellt, wir haben den Leitern von Städten und Bezirken ihre Vollmachten vollständig zurückgegeben, damit sie Herren auf ihren Territorien sind.

Zur Stärkung der Rolle der Organe der örtlichen Selbstverwaltung wird eine entsprechende Finanzierung sichergestellt, aber gleichzeitig damit wird die Verantwortung der Vertreter der örtlichen Organe erheblich erhöht.

Hier möchte ich jeden Leiter in allen Territorien warnen, vom obersten Leiter bis auf die unterste Ebene: ich werde jeden Rubel und jede Kopeke verfolgen. Die ganze Korruption vernichtet unsere Bestrebungen und die Früchte unserer Arbeit und jeder, der darauf eingeht, wird dafür zur Verantwortung gezogen, vor dem Gesetz sind alle gleich: vom Minister bis zum Arbeiter.

Entwicklungsprogramm

Die Bürger der LVR haben die Möglichkeit, sich an der Ausarbeitung des Fünfjahresprogramms zur sozialökonomischen Entwicklung der LVR zu beteiligen. Das zentrale Exekutivkomitees von Mir Luganschtschine ist beauftragt, Diskussionen und die Sammlung von Vorschlägen zu organisieren.

Renten und Sozialzahlungen

Derzeit erhalten in der Republik mehr als 450.000 Rentner stabil Renten. Diese Tendenz müssen wir erhalten und verbessern.

Es ist auch wichtig, die Unterstützungen bei Schwangerschaft und Geburt nicht arbeitender Frauen und sozial schwacher Familien zu erhöhen.

Das ist auch eine wichtige Frage, weil ich meine, dass wir alles, was wir jetzt gemeinsam, für unsere Kinder tun, für unsere Nachkommen, die unsere Sache in der Republik, die wir aufbauen, fortsetzen werden.

Kommunale Tarife und Leistungen

Eine wichtige Frage sind die geltenden Tarife für kommunale Leistungen. In der Republik sind sie fast sechsmal niedriger als in der Ukraine und dieser Abstand muss erhalten bleiben. In dieser schwierigen Situation müssen wir Wasser- und Heizleitungen reparieren und austauschen, weil leider 70 Jahre nichts ausgetauscht wurde, niemand etwas getan hat.

Ökonomie

Ich möchte unterstreichen, dass dank der Einführung der äußeren Leitung in den Unternehmen der Republik mehr als 60.000 Arbeitsplätze erhalten blieben.

Die Inbetriebnahme neuer Unternehmen und die Umorientierung alter wirkt sich positiv auf die Ökonomie der Republik aus und wird die Zahl der Arbeitsplätze in der LVR erheblich vergrößern. Wir bringen alle unsere Kräfte ein, damit eine Dynamik entsteht.

Gesundheitswesen

Um die Effektivität des Gesundheitswesens in der Republik zu erhöhen, müssen die medizinischen Einrichtungen unbedingt mit mehr hochqualifiziertem Personal ausgestattet werden. Die Löhne des medizinischen Personals sind derzeit äußerst gering und sind ein hauptsächlichlicher Faktor für die Korruption in diesem Bereich.

Deswegen würde ich, wenn man davon spricht, Ordnung in die Medizin zu bringen, damit beginnen, die Frage der Erhöhung der Löhne aufzuwerfen. Ich denke, dass es auch notwendig ist, die Löhne der Lehrer, die Stipendien für die Studenten usw. zu erhöhen.

de.sputniknews.com: Turbinen-Streit: Appellationsgericht weist Berufungsklage von Siemens-Tochter ab.

Das neunte Appellationsgericht in Moskau hat am Mittwoch die Ablehnung des untergeordneten Gerichts, einstweilige Maßnahmen zur Klage der russischen Siemens-Tochtergesellschaft „Siemens Gasturbinen-Technologie“ gegen das Tochterunternehmen des russischen Konzerns Rostec zu treffen, für rechtmäßig erklärt.

Das Appellationsgericht hat die Klage auf die im November 2017 getroffene Entscheidung des Moskauer Schiedsgerichtes abgewiesen. Das Erstgericht hatte sich damals geweigert, die vier auf die Krim gelieferten Turbinen zu beschlagnahmen sowie deren Transport, Inbetriebnahme, Nutzung, Modifizierung, Demontage, ihren anderweitigen Einsatz und jedwede Geschäfte zu verbieten.

„Die Entscheidung des Moskauer Schiedsgerichtes unverändert lassen, der Berufungsklage nicht stattgeben“, heißt es in der Gerichtsentscheidung.

Am 10. Januar hatte das Schiedsgericht in Moskau der Klage der russischen Siemens-Tochtergesellschaft „Siemens Gasturbinen-Technologie“ gegen zwei Tochterunternehmen des russischen Konzerns Rostec (OAO „Technopromexport“ und OOO „Technopromexport“) zur Rückgabe der von ihnen auf die Krim gelieferten Turbinen nicht stattgegeben. Die Klagepartei, der Hersteller der umstrittenen Turbinen, „Siemens Gasturbinen-Technologie“, hatte gefordert, ihren Vertrag mit OAO „Technopromexport“ über die Turbinen-Lieferung vom 10. März 2015 für rechtswidrig zu erklären. Der Kläger beantragte, die „vier Gasturbinen aus dem fremden rechtswidrigen Besitz der OOO ‚Technopromexport‘ mit Beschlagnahme zu belegen“.

Dan-news.info: „Mit Unterstützung der OSZE-Mission hat die ukrainische Seite im GZKK Sicherheitsgarantien für den ungehinderten Zugang von Patrouillen der Mission auf das Territorium der Donezker Filterstation erteilt. Zusammen mit den Beobachtern fuhr entsprechend der Vereinbarungen die Kolonne mit der Leitung der DFS und der nächsten Arbeitsschicht. Die Arbeiter der Station haben sich unter Risiko ihrer eigenen Sicherheit bereit erklärt, die Arbeit fortzusetzen“, teilte der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakubow mit.

Ein Vertreter des kommunalen Unternehmens Woda Donbass teilte mit, dass die

vorhergehende Schicht vom Territorium der DFS evakuiert wurde. „Wir hoffen, dass die OSZE auch morgen unsere Mitarbeiter beim Schichtwechsel begleitet kann“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Ukrinform.ua: Bundespräsident Österreichs: Russische Wahlen auf der Krim sind illegal. Jegliche Wahlen zu russischen Behörden, einschließlich der Wahl des Präsidenten der Russischen Föderation, auf dem Territorium der besetzten Krim seien unrechtmäßig, da die Halbinsel völkerrechtswidrig annektiert wurde, erklärte der Bundespräsident der Republik Österreich, Alexander Van der Bellen, in einem gemeinsamen Briefing mit dem Präsidenten der Ukraine, Petro Poroschenko, in Kiew.

„Aus österreichischer Sicht ist es klar, dass die Annexion der Krim unrechtmäßig war und ist, und das ist auch die Position der Europäischen Union. Daher können auf dem Territorium der Krim reguläre Wahlen zum russischen Parlament oder des Präsidenten nicht durchgeführt werden. Und das ist nicht nur mein Standpunkt, das ist die Position der ganzen österreichischen Regierung“, sagte Van der Bellen.

Der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, hat seinerseits festgestellt, Wladimir Putin fahre bewusst auf das Territorium der Krim, und gerade deshalb sei eine einheitliche Haltung der ganzen Welt hinsichtlich der Nichtanerkennung der Wahlen des Präsidenten der Russischen Föderation auf der Krim äußerst wichtig.

„Ich bin sehr dankbar, sowohl dem Präsidenten als auch der österreichischen Regierung, für die offizielle Position, die auf der Website des österreichischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten veröffentlicht ist, dass sie Beobachter auf die Krim nicht entsenden, (Wahl des Präsidenten der Russischen Föderation - Red.) nicht begrüßen und nicht anerkennen“, sagte das ukrainische Staatsoberhaupt.

de.sputniknews.com: Russlands Generalstab warnt USA: Bei Angriff auf Damaskus wird zurückgeschossen.

Der russische Generalstabschef, Waleri Gerassimow, hat die Verantwortlichen in Washington ermahnt, einen Angriff auf das Regierungsviertel in der syrischen Hauptstadt unbedingt zu unterlassen. Anderenfalls werde die russische Armee entschlossen eingreifen. Die Zeitung „Kommersant“ berichtet.

Sollten russische Militärs in Syrien aufgrund eines US-Raketenangriffs gefährdet werden, würde nicht nur gegen die Raketen, sondern auch gegen deren Trägerplattformen das Feuer eröffnet – also gegen US-amerikanische Kampfschiffe und Kampfjets, erklärte Generalstabschefs Gerassimow laut dem Blatt.

Vor der Erklärung des russischen Generals hatte die UN-Botschafterin der Vereinigten Staaten, Nikki Haley, verkündet, Washington sei „zu neuen Handlungen hinsichtlich Syriens“ bereit. Die US-Botschafterin erinnerte in diesem Zusammenhang an den Tomahawk-Angriff der US-Navy auf die syrische Luftwaffenbasis Shairat nach dem Giftgasangriff auf die syrische Kleinstadt Chan Schaichun am 4. April 2017.

Nach Washingtons Ansicht hat der syrische Präsident, Baschar al-Assad, die Verantwortung für die Giftgasattacke zu tragen. Die USA hätten die Luftwaffenbasis attackiert, weil der US-Sicherheitsrat keine Maßnahmen habe treffen können. Zwei US-Zerstörer feuerten damals 59 Tomahawk-Raketen aus dem Mittelmeer auf den Stützpunkt Shairat ab. Vier syrische Soldaten starben, mehrere syrische Kampfflugzeuge wurden zerstört.

Ein ähnliches Szenario könnte sich nach Ansicht des russischen Generalstabschefs nun auch in Ost-Ghuta wiederholen. Terroristen würden derzeit eine Provokation in dieser Region vorbereiten. Dazu gehöre auch „die Inszenierung eines Giftgasangriffs“. Die USA hätten vor, diesen dann als Vorwand für eine Attacke auf das Regierungsviertel in Damaskus zu benutzen, sagte Gerassimow laut der Zeitung.

Man habe zu diesem Zweck bereits Statisten in der Region versammelt, die die Opfer des

fiktiven Giftgasangriffs darstellen sollen. „Auch die Weißhelm-Aktivisten sind bereits vor Ort, ebenso wie Kamerateams mit spezieller Ausrüstung zur Satellitenübertragung von Videomaterial“, sagte Gerassimow. Die Informationen seien über Geheimdienstkanäle erhalten und von mehreren Quellen bestätigt worden.

Zudem sei in der von Terroristen jüngst befreiten Ortschaft Aftriz eine Werkstatt zur Herstellung chemischer Waffen entdeckt worden, die bei der geplanten Inszenierung eingesetzt werden sollten. Den Einsatz der verbotenen Stoffe wollten die USA dann der syrischen Regierung vorwerfen, um einen Raketenangriff auf das Regierungsviertel in Damaskus zu rechtfertigen.

Der russische Außenminister, Sergej Lawrow, hat die USA eindringlich vor solchen Schritten gewarnt: „Die Folgen werden sehr schwer sein“, sagte er am Dienstag laut dem Blatt. General Gerassimow erinnerte: In der syrischen Hauptstadt halten sich russische Militärberater, Armeepolizisten und Vertreter des Russischen Versöhnungszentrums auf.

„Sollte das Leben unserer Militärs bedroht werden, werden Gegenmaßnahmen zur Einwirkung sowohl auf die Raketen als auch auf die Trägerplattformen, die sie einsetzen werden, ergriffen“, sagte er laut der Zeitung. Damit hat der russische Generalstabschef US-amerikanische Kampfschiffe und —flugzeuge erstmals als zu vernichtende Ziele eingestuft, sollten sie tatsächlich bei einem Angriff auf Damaskus zum Einsatz kommen.

Russische Spezialisten haben ihre syrischen Kollegen 2015 bei der Modernisierung der in der Umgebung von Damaskus stationierten Luftabwehrsysteme unterstützt. Um einen massiven Raketenbeschuss abzuwehren, reichen die Möglichkeiten dieser Systeme jedoch nicht aus. Auch deshalb hat Moskau Washington vor einem Angriff auf die syrische Hauptstadt gewarnt. Überdies wird die Fregatte „Admiral Essen“ den russischen Marineverband im Mittelmeer in Kürze verstärken. Dieses Kampfschiff hat Lenkflugkörper vom Typ „Kalibr-NK“ an Bord. „Den Amerikanern muss klar sein, dass diese Raketen Seeziele bekämpfen können, auch Kreuzer“, sagte ein Sprecher des Generalstabs der russischen Marine laut dem Blatt. Unterdessen hat der russische Generalstabschef, Waleri Gerassimow, mit seinem US-amerikanischen Amtskollegen, Joseph Dunford, telefoniert und die Lage in Ost-Ghuta besprochen. Die beiden Generäle haben vereinbart, weiter in Kontakt zu bleiben. ...



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31992/13/319921395.jpg>

ukrinform.ua: Luzenko: Generalstaatsanwaltschaft könnte Aufhebung der Immunität von Nadija Sawtschenko beantragen.

Der Generalstaatsanwalt der Ukraine, Juri Luzenko, hat nicht ausgeschlossen, dass er die Aufhebung der Immunität der Parlamentarierin Nadija Sawtschenko beantragen könnte. Wenn Sawtschenko morgen zur Vernehmung nicht erscheinen würde, würde er das tun, sagte

Luzenko vor dem parlamentarischen Ausschuss für gesetzliche Regelung der Tätigkeit der Sicherheitsbehörden. Bei Beratungen des Antrags könne man dann sehen, „wie nah wir als Staat mit dem äußeren und inneren Krieg dem Abgrund sind“, betonte er.

Sawtschenko wurde für den 13. und 14. März vom Sicherheitsdienst der Ukraine SBU zur Vernehmung im Fall von Wolodymyr Ruban vorgeladen. Sie erklärte, sie befinde sich bis 16. März mit einem Arbeitsbesuch in Straßburg.

Ruban wurde am 8. März festgenommen, als er versuchte, Waffen aus den besetzten Gebieten in seinem Auto zu schmuggeln. Ein Gericht nahm ihn für zwei Monate in Untersuchungshaft wegen der Vorbereitung von Anschlägen auf Spitzenpolitiker.

de.sputniknews.com: Akte Skripal: Putins Sprecher weist „ultimative Sprache“ aus London zurück.

Moskau hat mit der möglichen Vergiftung des Ex-Doppelagenten Sergej Skripal überhaupt nichts zu tun, ist aber zur Zusammenarbeit in der Ermittlung dieses Vorfalls bereit, sagte der Pressesprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Dmitri Peskow am Mittwoch vor der Presse.

„Moskau hat mit dem Vorfall, der sich in Großbritannien ereignet hat, überhaupt nichts zu tun. Moskau akzeptiert keine völlig inhaltsleeren und mit keinen Beweisen begründeten Anschuldigungen gegen sich, und auch keine ultimative Sprache“, sagte Peskow.

Russlands Stellung zu diesem Vorfall sei London über diplomatische Kanäle übermittelt worden. „Dabei bleibt Moskau offen für die Zusammenarbeit in der Ermittlung dieses Vorfalls, findet aber leider keine Gegenseitigkeit seitens der Briten in dieser Offenheit.“ ...

Am 4. März dieses Jahres wurden der 66-jährige Skripal und seine Tochter Julia in der britischen Stadt Salisbury bewusstlos aufgefunden und mit Anzeichen einer Vergiftung in ein Krankenhaus gebracht, wo beide ins Koma fielen. Medienberichten zufolge sollen 21 Personen in Mitleidenschaft gezogen worden sein, darunter auch ein Polizist.

Die britischen Behörden vermuten einen Anschlag. Die genauen Umstände sind noch unklar. Doch Premierministerin May äußerte am Montag, dass hinter dem mutmaßlichen Giftanschlag „höchstwahrscheinlich“ Russland stehe. Russland weist den Vorwurf zurück. Schon davor hatten Medien berichtet, dass May Russland die Schuld in die Schuhe schieben wolle.

Russland erklärte sich bereit, an Ermittlungen teilzunehmen. London verweigert Moskau ohne Angabe von Gründen den Zugang zu Ermittlungsmaterialien. Lawrow rief Großbritannien dazu auf, seinen Verpflichtungen aus der Chemiewaffenkonvention nachzukommen.

Abends:

de.sputniknews.com: Ost-Ghuta: Was von Mudayrah nach Abzug der Militanten übrig blieb
Im Netz ist ein Video aufgetaucht, auf dem die Stadt Mudayrah in Ost-Ghuta unweit von Damaskus nach ihrer Befreiung von bewaffneten Rebellen zu sehen ist. Das berichtet das Portal Al-Masdar News.

Die Aufnahmen zeigen unter anderem Soldaten der Eliteeinheit „Tiger“ der syrischen Armee. Sie gehen bewaffnet durch die kriegszerstörten Straßen. Durch die Stadt und ihre Vororte fahren Panzer, im Hintergrund sind Detonationen zu hören.

Die Befreiung von Mudayrah ist ein entscheidender Punkt in der Befreiung von Ost-Ghuta, weil dadurch das von den Militanten kontrollierte Territorium in zwei Teile gespalten wurde, so das Portal.

Die Lage in Ost-Ghuta hat sich in den vergangenen Wochen zugespitzt. Am 24. Februar hatte der UN-Sicherheitsrat die Resolution 2401 angenommen, die alle Kriegsparteien auffordert, die bewaffneten Auseinandersetzungen einzustellen und eine humanitäre Pause für

mindestens 30 Tage auf dem ganzen Territorium Syriens zu gewährleisten. Die bewaffneten Milizen in Ost-Ghuta beschießen Damaskus täglich mit Raketen und Minen. Unter Beschuss stehen sowohl Randgebiete als auch das Zentrum der Stadt.

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/GMxmSoTvruw" frameborder="0" allow="autoplay; encrypted-media" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/GMxmSoTvruw>

de.sputniknews.com: May droht Russland mit Sperrung von Staatskonten und „geheimen Maßnahmen“.

Im Zuge des Skandals um die Vergiftung des Ex-Spions Skripal will London nun Russlands Staatskonten einfrieren, falls es Beweise findet, dass diese Gelder Leben und Vermögen britischer Bürger gefährden. Das verkündete die Premierministerin, Theresa May, am Mittwoch im Parlament.

Außerdem werde Großbritannien „eine Reihe geheimer Maßnahmen“ treffen, über die „aus Sicherheitsgründen nicht öffentlich geredet werden darf“. „Wir werden eine Reihe von Maßnahmen treffen, die in der Kompetenz der National Sicherheitsdienste liegen“, sagte May. „Sie sind auf die Gegenwirkung der Gefahren gerichtet, die die Handlungen eines feindlichen Staates darstellen“.

Die National Crime Agency (NCA) des Landes werde auch weiter „der Kriminalität und den korrupten Eliten“, darunter aus Russland, widerstehen. „In unserem Land gibt es keinen Platz für diese Leute und ihre Gelder!“

May machte den russischen Staat direkt für die Vergiftung des Ex-Spions und seiner Tochter verantwortlich. Sie könne „keinen anderen Schluss ziehen“, äußerte die britische Regierungschefin....

Novorosinform.org: London übergab Moskau eine Liste der ausgewiesenen Diplomaten. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa sagte, dass London am Mittwoch eine Liste der ausgewiesenen russischen Diplomaten, einschließlich der Vertreter des Militärattachés der Botschaft, an Moskau übergeben hat. Sie hat teilte dies in der Sendung "60 Minuten" auf dem Fernsehkanal "Russland 1" mit.

Die Sprecherin des Außenministeriums sagte, dass Moskau angemessen auf Londons Maßnahmen gegen Russland reagieren werde, die entsprechenden Maßnahmen würden bereits ausgearbeitet.

„Maßnahmen, die der Situation absolut angemessen sind, werden ergriffen, an der Antwort wird gerade gearbeitet“, sagte die Diplomatin.